



Haft zur Einschüchterung und Einflussnahme

Zur Situation in Israel / Palästina

Martin Link

Aus israelischer Haft hat Mitte November Marwan Bargouti, ein Kader der Fatah-Organisation der jüngeren Generation, seine Kandidatur für die palästinensische Präsidentschaft angemeldet. Ins Gefängnis hatte ihn im vergangenen Jahr der Vorwurf, der strategische Kopf hinter verschiedenen terroristischen Attentaten der Al Aqsa-Brigaden, einer radikalen Fatah-Gruppe, zu sein, und ein rechtsstaatlich fragwürdiges militärisches Schnellverfahren gebracht. Die israelische Regierung bleibt sich damit einer seit einigen Jahren angewandten Linie treu: Führer der als nicht verhandlungswillig eingeschätzten radikalen Organisationen wie Hamas oder Djjihad Islami werden im Zuge extralegalen Hinrichtungen eliminiert. Bei Führungskadern anderer, i.d.R. der PLO zugehöriger Organisationen, wird die Strategie der (vorläufigen) Ausschaltung und Isolierung durch Inhaftierung gepflegt. Dass Bargouti jetzt den Medien aus dem Knast heraus die von ihm beabsichtigte Präsidentschaftskandidatur verkünden durfte, könnte darauf hindeuten, dass die israelische Regierung statt der ‚alten Garde‘ lieber eine Person wie ihn in der Machtnachfolge auf palästinensischer Seite sähe. Der israelische Staats- und Militärapparat betreibt mit Blick auf den palästinensischen Gegner traditionell ein filigranes System von formeller und informeller Inhaftierung, nicht zuletzt als Instrument der Einschüchterung und Einflussnahme.

Seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 verweilen etwa 450.000 bis 700.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen. Das bedeutet, dass bis zu 40% der männlichen palästinensischen Bevölkerung Knasterfahrung hat. 150.000 davon wurden allein im den vergangenen 10 Jahren eingesteckt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen Schätzungen von 7.400 Gefangenen aus; 2.690 wurden auf Grundlage formeller Gerichtsurteile ins Gefängnis gesperrt; 1.300 befinden sich aufgrund des dem britischen Mandatszeit entlehnten Militärrechts in sog. Administrativhaft; 3.400 sind einfach nur festgenommen worden, ohne dass irgendetwas mit ihnen passiert. Gegenwärtig sollen 380 Minderjährige, z.T. unter 16-Jährige, inhaftiert sein.

Militärverordnungen

Die Verhaftung und Inhaftierung von Palästinensern in den von Israel besetzten Gebieten geschieht auf Basis einer Vielzahl von Militärverordnungen. Derer existieren etwa 1.500 für die Westbank und ca. 1.400

für den Gaza-Streifen. Die Verordnungen werden i.d.R. nicht veröffentlicht und ihr Fortbestand ist selbst in den Oslo-Verträgen geregelt. Unter Verstoß gegen Art. 47 der Genfer Konvention werden die Gefangenen in zahlreichen Fällen aus der Haft in den besetzten Gebieten später in Gefängnisse innerhalb Israels verlegt. Das Völkerrecht verbietet, dass eine Besatzungsmacht Gefangene in das eigene Staatsgebiet transfert. Innerhalb Israels ist die Existenz von 5 Verhörzentren, 10 Internierungslagern und 9 Gefängnissen bekannt. Weiterhin existiert im Norden des Landes das geheime Verhörzentrum ‚1391‘. Laut ehemaliger Insassen und der israelischen Organisation ‚Association for Civil Rights‘ soll dort – mit Erlaubnis des Obersten Gerichtshofs – gefoltert werden und dem Internationalen Roten Kreuz wird der Zutritt verweigert. Die Regierung lehnt seit Jahren öffentliche Stellungnahmen zu ‚1391‘ ab.

Administrativhaft

Bis zu 12 Tage kann ein Inhaftierter über den Grund seiner Haft im Unklaren gelassen werden. Er darf bis zu 180 Tage lang verhört, bis zu 90 Tage der Zugang zu einem Anwalt verweigert werden. Eine Reihe physischer und psychischer Foltermethoden sind gesetzlich legitimiert, durch Folter erzielte Geständnisse sind gerichts-fest. Die Begründung für die Anordnung der regelmäßig alle 6 Monate verlängerten Administrativhaft wird dem Inhaftierten und seinem Anwalt gegenüber geheim gehalten. In einigen Fällen haben Betroffene über drei Jahre in Administrativhaft verbracht, ohne jemals angeklagt oder verurteilt worden zu sein.

In den besetzten palästinensischen Gebieten gelten Kinder ab 16 als gesetzlich erwachsen und strafvollzugsfähig. In der Praxis werden Kinder ab 12 Jahren vor israelischen Militärgerichten angeklagt und verurteilt. Bis zum 14. Lebensjahr droht

ggf. Haft bis zu 6 Monaten. Es gibt weder Jugendgerichte noch spezielle Hafteinrichtungen für Jugendliche. In den vergangenen drei Jahren wurden ca. 2.000 Kinder und Jugendliche inhaftiert. Kinder und Jugendliche werden selten im Zuge konkreter Vorwürfe festgenommen. Stattdessen geschieht die Inhaftierung von Kindern als probates Mittel zur Einschüchterung der betroffenen Familien, zur Erzwingung von Denunziationen Dritter und nicht zuletzt zur Rekrutierung künftiger Kollaborateure.

Hungerstreik

Im Sommer 2004 haben palästinensische Häftlinge in israelischen Gefängnissen mit einem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen protestiert. Diesem haben sich auch die im Gefängnis Telmond inhaftierten unter 16-jährigen Gefangenen angeschlossen. Sie forderten u.a. das sofortige Ende der Praxis, Tränengas in ihre Zellen zu sprühen oder sie nicht weiter willkürlichen erniedrigenden körperlichen Durchsuchungen zu unterziehen. Weiterhin wird die Erlaubnis von Besuchen durch Familienangehörige und die Haftverlegung in die Nähe des Heimatortes, medizinische Mindeststandards, der Verzicht auf Bestrafung durch Essensentzug und die Einhaltung der Schulpflicht gefordert.

Die Menschenrechtsorganisation ‚Defense for Children International‘ forderte die israelische Regierung mehrfach vergeblich auf, die Haftbedingung für die inhaftierten Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Die erlittene Haft führt bei Jugendlichen nicht selten zu Traumatisierung, die sich regelmäßig in der Unfähigkeit ausdrückt, Beziehungen zu Freunden oder zur Familie aufrecht zu halten, sowie in Alpträumen, Bettnässen und übergroßer Ängstlichkeit.

Tödliche Zwischenbilanz

Im September 2004 durch den unabhängigen Sozialwissenschaftler und Arzt Mustafa Barghouti aus Ramallah veröffentlichte Zahlen sagen, dass seit Beginn der sog. ‚zweiten Intifada‘ in Israel/Palästina 4.342 Menschen umgekommen sind, davon 1004 israelische Soldaten und Zivilisten. 82 % der palästinensischen Opfer waren Zivilisten, 612 Jugendliche unter 17 Jahren. Das israelische Militär habe in diesem Zeitraum 424 Palästinenser, darunter 187 Unbeteiligte, durch „außergerichtliche Tötungen“ umgebracht. 30% der Kleinkinder seien mangelernährt, 50% des palästinensischen Bruttosozialprodukts seien verloren, Infrastruktur im Wert von 1 Mrd. Euro ist zerstört. Mehr als 700 Straßensperren blockierten nicht nur nachhaltig die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung, sondern auch eine wirtschaftliche Konsolidierung. (www.palaestina.org)